

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Plenarsitzungsdokument

22.2.2005

B6-0102/05 }
B6-0104/05 }
B6-0111/05 } RC2

GEMEINSAMER ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht gemäß Artikel 103 Absatz 4 der Geschäftsordnung von

- Harlem Désir im Namen der PSE-Fraktion
- Marie-Hélène Aubert im Namen der Verts/ALE-Fraktion
- Francis Wurtz und Vittorio Emanuele Agnoletto im Namen der GUE/NGL-Fraktion

anstelle der Entschließungsanträge folgender Fraktionen:

- Verts/ALE (B6-0102/05)
- PSE (B6-0104/05)
- GUE/NGL (B6-0111/05)

zum Weltsozialforum und zum Weltwirtschaftsforum

Entschließung des Europäischen Parlaments zum Weltsozialforum und zum Weltwirtschaftsforum

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf das Weltsozialforum 2005 in Porto Alegre und das Weltwirtschaftsforum 2005 in Davos,
 - unter Hinweis auf das Weltforum der Parlamentarier 2005 in Porto Alegre,
 - unter Hinweis auf das baldige Gipfeltreffen zur Umsetzung der Millenniums-Erklärung bei der UN-Vollversammlung sowie die darin einbezogene Weiterverfolgung der bedeutenden UN-Konferenzen und -Gipfeltreffen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich sowie zu damit zusammenhängenden Fragen,
 - unter Hinweis auf den Bericht der vom UN-Generalsekretär eingesetzten Hochrangigen Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel,
 - unter Hinweis auf die Kampagne „Global Call to Action against Poverty – Beseitigung der Armut“,
 - gestützt auf Artikel 103 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass am 5. Weltsozialforum 155 000 Menschen aus 135 Ländern teilgenommen haben, darunter zahlreiche Jugendliche, sowie in der Erwägung, dass sich die Menschheit weiterhin einer ganzen Reihe von globalen Herausforderungen gegenüber sieht, die zu bewältigen sie nun die kollektive Kapazität und Bereitschaft im Rahmen einer neuen konzertierten und noch nie da gewesenen globalen Anstrengung aufbringen muss,
- B. in der Erwägung, dass diese globalen Herausforderungen ein breites Spektrum von Problemen betreffen, so Armut und Hunger, die Ausbreitung von HIV/Aids und anderen Krankheiten, Menschenrechtsverletzungen, Demokratiedefizit, bewaffnete Konflikte, globale Erwärmung oder Verlust von biologischer Vielfalt und natürlichen Ressourcen, von denen viele menschliches Leid in hohem Ausmaß verursachen und sogar den Fortbestand unseres Planeten auf lange Sicht gefährden, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden,
- C. in der Erwägung, dass der diesjährige UN-Gipfel „Millennium + 5“ eine außerordentliche und entscheidende Chance bietet, multilaterale Maßnahmen wiederzubeleben und zu verstärken, um die entscheidenden globalen Herausforderungen im Wirtschafts-, Sozial- und Umweltbereich binnen des durch die UN-Millenniums-Entwicklungsziele gesetzten Zeitrahmens bis 2015 anzugehen, und, wie vom Generalsekretär geäußert, tatsächlich ausschlaggebend für die gesamte Zukunft der Vereinten Nationen sein könnte,
- D. im Bewusstsein der Bedeutung der umfassenden öffentlichen Debatten, die im Rahmen des Weltsozialforums als Katalysator und Inspiration für öffentliches Handeln zugunsten einer fairen und gerechten Globalisierung wirken,
- E. im Bewusstsein der im Rahmen des Weltwirtschaftsforums verzeichneten Diskussionen über Probleme wie Armut, Klimawandel, Bildung, gerechte Globalisierung und eine verantwortungsvolle Weltordnungspolitik,

- F. unter Hinweis auf die zunehmende Einbeziehung von Abgeordneten weltweit sowie die Beteiligung der Mitglieder des Europäischen Parlaments an der Diskussion, Definition und Förderung politischer Antworten auf globale Herausforderungen, so im Rahmen des Weltforums der Parlamentarier,
- G. in der Erwägung, dass nur eine globale Anstrengung unter Einbeziehung der politischen und öffentlichen Institutionen auf allen Regierungsebenen, seitens der Sozialpartner und der nichtstaatlichen Organisationen weltweit die umfassende Kapazität und Energie gewährleisten wird, die vielfältigen globalen Herausforderungen zu bewältigen, mit denen wir konfrontiert sind,
- H. in der Überzeugung, dass die Europäische Union bei der Unterstützung und Förderung einer derartigen globalen Anstrengung in den nächsten Monaten und Jahren eine entscheidende Rolle übernehmen muss, was auch für ihren nachdrücklichen und aktiven Einsatz für eine humane, faire und gerechte Welt in einer globalen Allianz mit anderen internationalen Partnern gilt,
1. unterstützt die anhaltenden Bemühungen des Weltsozialforums, auf globaler und regionaler Ebene ein einzigartiges offenes Forum für Dialog, Kommunikation und Maßnahmen zugunsten einer faireren und gerechteren Welt und gegen Krieg zu bieten; begrüßt insbesondere die zunehmende konstruktive Interaktion des Weltsozialforums mit politischen Vertretern weltweit, womit ein Beitrag zu einer demokratischeren Form einer Weltordnungspolitik geleistet wird;
 2. begrüßt die Tatsache, dass das Weltsozialforum 2007 in Afrika stattfinden wird, als wichtigen Beitrag, um sicherzustellen, dass das Problem der Entwicklung Afrikas auch in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt hoher internationaler Aufmerksamkeit und Aktivität bleibt;
 3. stellt fest, dass auf der Tagung in Davos 2005 auch mehrere der vom Weltsozialforum als Hauptanliegen eingestuft Themen angesprochen wurden, wie Bekämpfung der Armut und Eindämmung des Klimawandels, und hofft, dass dies die führenden Politiker veranlassen wird, die Verantwortung zu übernehmen, um die erforderlichen Vorschriften zu erlassen, um die Weltwirtschaft zu regeln und so diese Probleme zu lösen,
 4. unterstützt unter den vielen Vorschlägen für Maßnahmen, die auf dem Weltsozialforum 2005 gemacht wurden, insbesondere den Appell, den Zugang zu Trinkwasser zu einem Menschenrecht zu erklären, schlägt vor, den Weltwassertag am 22. März 2005 zu unterstützen;
 5. ist der Auffassung, dass es im Rahmen des diesjährigen UN-Gipfels „Millennium + 5“ gelingen muss, neue Energien im Hinblick auf die Umsetzung der Vision zu wecken, die in der von allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union unterzeichneten Millenniums-Erklärung zum Ausdruck kam, und den Weg für eine stärkere und effizientere UNO als Instrument zur Verwirklichung einer besseren und sichereren Welt zu bereiten;
 6. fordert Kommission und Rat auf, zur Vorbereitung auf den UN-Gipfel ein ehrgeiziges und weitsichtiges Positionspapier der Europäischen Union zu verfassen und dem Europäischen Parlament vor Ablauf der luxemburgischen Präsidentschaft vorzulegen; fordert Kommission und Rat dringend auf, zu gewährleisten, dass die Europäische Union mittels dieses Papiers eine entscheidende Rolle im Hinblick auf den Erfolg des UN-Gipfels übernehmen wird, d.h.

bei der Intensivierung der Maßnahmen zur Förderung der globalen Entwicklung und der Vorbereitung des Terrains für eine UN-Reform im Hinblick auf gestärkte, verantwortungsvollere, demokratischere und effizientere Vereinte Nationen;

7. ersucht die Kommission in diesem Zusammenhang, rasch konkrete Vorschläge vorzulegen, wie die Europäische Union am besten die Umsetzung der so genannten New Yorker Erklärung zu Maßnahmen gegen Hunger und Armut betreiben kann, die von allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union unterstützt wird, insbesondere mit Blick auf innovative Finanzierungsmechanismen für Entwicklungsmaßnahmen; weist in diesem Kontext darauf hin, dass ein ganzes Paket von Vorschlägen mit verschiedenen Optionen für eine internationale Steuer und eine Internationale Finanzfazilität vorgelegt wurde; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich darauf zu verständigen und als ersten Schritt eine neue Steuer auf Finanzgeschäfte einzuführen, um die Maßnahmen der Vereinten Nationen gegen Hunger und Armut zu finanzieren;
8. macht auf die von Foren der Zivilgesellschaft und von Bauernorganisationen auf dem Weltsozialforum gemachten Vorschläge, wie den „Call of Chapeco“ und die Dakar-Erklärung, aufmerksam, in denen die Regierungen dringend aufgefordert werden, ihrer Verantwortung nachzukommen und die Agrarreformen und die agrarpolitischen Maßnahmen umzusetzen sowie politische Maßnahmen zur Versorgungssteuerung gegen jede Form von Dumpingpraktiken zu stärken, um so weltweit lohnende Erzeugerpreise sicherzustellen;
9. fordert nachdrücklich, dass alle neuen innovativen Finanzmittel für Entwicklungsmaßnahmen eine Ergänzung, kein Ersatz für die notwendige Aufstockung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,7% des BIP sein müssen; fordert die Europäische Union dringend auf, einen Fahrplan vorzulegen, um das Ziel von 0,7% bis 2010 allmählich zu erreichen; weist darauf hin, dass die künftige Finanzierung und die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter zur Erfüllung konkreter Bedürfnisse wie der Gewährleistung eines nachhaltigen Zugangs zu sicherem Trinkwasser, von Bildung für alle und des Zugangs zu adäquater Gesundheitsfürsorge zusätzliche Finanzmittel neben den derzeit für die Finanzierung der Entwicklungspolitik verfügbaren erfordern werden;
10. unterstreicht in diesem Zusammenhang nachdrücklich die Notwendigkeit, die Überschuldung vieler Entwicklungsländer entschiedener und ehrgeiziger anzugehen und schließlich die Schulden der ärmsten Länder vollständig zu annullieren und über die Schulden der anderen betroffenen Länder neu zu verhandeln;
11. fordert Kommission und Rat auf, aktiv die Bemühungen des UN-Generalsekretärs zur Stärkung der Effizienz der Vereinten Nationen in Bezug auf Frieden und Sicherheit auf der Grundlage der Empfehlungen der Hochrangigen Gruppe betreffend Bedrohungen, Herausforderungen und Sicherheit zu unterstützen;
12. fordert Kommission und Rat dringend auf, es der Europäischen Union als Einheit zu ermöglichen, ein aktivere Rolle bei der Förderung einer weiter reichenden UN-Reform in allen Bereichen zu übernehmen, wobei vor allem auf der in diesem Zusammenhang bereits geleisteten Arbeit aufgebaut werden sollte¹;

¹ Mitteilung der Kommission „Die Europäische Union und die Vereinten Nationen: Ein Plädoyer für den Multilateralismus“ (KOM(2003)0526) und Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Beziehungen

13. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission und den Vereinten Nationen zu übermitteln.